



## **Beschlussempfehlung**

### **des Europaausschusses**

gemäß Artikel 17 Abs. 2 Satz 2 LV und § 14 Abs. 1 Satz 2 GO

### **Errichtung einer konsularischen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Kaliningrad**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag bittet die Landesregierung, sich bei der Bundesregierung für die Errichtung einer konsularischen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Kaliningrad einzusetzen.

#### Begründung:

Eine interfraktionelle Delegation des schleswig-holsteinischen Landtags nach Moskau und Minsk in der Zeit vom 3. bis 10. November 2002 hat die Gelegenheit genutzt, mit Kollegen der russischen Staatsduma über die Situation unserer Partnerregion Kaliningrad zu diskutieren.

Ermutigt durch die sehr klaren Äußerungen unseres Kollegen Dmitri Rogosin, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses der Staatsduma und Kaliningrad-Beauftragter Präsident Putins, für die Errichtung eines deutschen Konsulats in Kaliningrad, sehen wir einen deutlichen Wandel in der russischen Politik. Auch andere prominente russische Politiker wie das Mitglied der Kaliningrader Gebietsduma und frühere Gouverneur des Gebiets, Jurij Matochkin, äußern sich zunehmend in diesem Sinne. Liegen Entscheidung und Verantwortung für die Errichtung eines deutschen Konsulats in Kaliningrad auch in erster Linie bei der russischen Regierung, so bedarf es doch eines Antrags der Bundesrepublik Deutschland und deren Unterstützung. Vor diesem Hintergrund bittet der Landtag die Landesregierung, den deutschen Außenminister

Joschka Fischer um eine aktive Mitwirkung in der Frage der Errichtung eines deutschen Konsulats in Kaliningrad zu ersuchen. Der Landtag will mit dieser Resolution dem Schreiben des Landtagspräsidenten an Außenminister Fischer mit der Bitte um Errichtung eines deutschen Konsulats in Kaliningrad Nachdruck verleihen. Bereits in dem Memorandum zwischen Schleswig-Holstein und Kaliningrad wurde auf die Notwendigkeit eines Konsulats in der russischen Exklave hingewiesen. Durch die Partnerschaft Schleswig-Holsteins mit dem Gebiet Kaliningrad haben Regierung und Parlament inzwischen enge Kontakte nicht nur zu den Kolleginnen und Kollegen in der Gebietsduma, sondern auch zu den Menschen in verschiedenen Bereichen aufgenommen.

Die Visaerteilung ist nach wie vor ein großes Problem in der Partnerschaft, die kurzfristig anberaumte Reisen häufig unmöglich macht. Für eine kontinuierliche Zusammenarbeit ist eine Verbesserung der Situation im Bereich der Visaerteilung daher dringend erforderlich.

Insbesondere wird eine Fahrt zum deutschen Konsulat nach Moskau durch die Einführung der Visapflicht für russische Staatsbürger für die Einreise nach und Durchreise durch die Beitrittsstaaten Litauen und Lettland für die Einwohner der Exklave Kaliningrad immer schwieriger. Die Zwischenlösung der Weiterleitung der Visaanträge durch die Handelskammer Hamburgs in Kaliningrad – ohne konsularische Befugnisse - kann auf Dauer eine erreichbare konsularische Vertretung nicht ersetzen.

Rolf Fischer  
Vorsitzender